

Niederschrift

über die 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24. 07. 2003
auf der Jugendbildungsstätte Burg Hoheneck bei Ipsheim

I. Öffentlich

Vorsitzender: Herr ehrenamtlicher StR Gebhardt

Anwesend: Herr StR Bielmeier
Frau StRin Blumenstetter
Frau StRin Soldner
Frau StRin Wild
Frau StRin Körber
Frau StRin Thoma
Herr StR Lunz
Frau StRin Buchsbaum
Frau Krauß
Frau Probst
Frau Walter-Werthner
Frau Leo
Herr Hussy
Herr Voss
Herr Ederer
Herr Mletzko
Frau Narr
Herr Ochs
Frau berufsm. StRin Mielenz
Herr Dr. Wagner
Herr Reimüller
Herr Ellrott
Herr Freudling
Frau Hirschmann
Herr Oslislo
Frau Hiller
Herr Dr. Kurz
Herr Schlögl
Herr Stephan Doll
Herr Sporrer
Frau Fischer
Frau Stein
Frau Jordan

Frau StRin Dr. Pröiß-Kammerer (KJR)
Frau StRin Wellhöfer
Frau Thate (Arbeitsamt Nürnberg)
Herr Lang (Amt für berufliche Schulen)

Beginn: 15.07 Uhr

Ende: 17.10 Uhr

Schriftführer: Herr Bystrich

I. Öffentlich

Der Vorsitzende 00.01

eröffnet die 8.Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt die Anwesenden. Er bedankt sich bei allen, die sich die Zeit genommen haben, nach Hoheneck zu kommen. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Dr. Wagner 02.47

gibt bekannt, dass TOP 11 nachträglich eingebaut wurde und vorgezogen werden soll, damit der KJR seine TOPs zusammenhängend vortragen kann.

Der Vorsitzende 03.00

stellt fest, dass TOP 11 als Punkt 7a behandelt wird und bittet dafür um Einverständnis.

Punkt 1: Aktuelle Ausbildungssituation für Jugendliche in Nürnberg

Der Vorsitzende

teilt mit, dass sich der Stadtrat in seiner Sitzung am 23.07.2003 mit dem Thema sehr ausführlich beraten hat.

Er begrüßt als Sachverständige zu diesem Tagesordnungspunkt die Vertreterin der Leitung der Berufsberatung, Frau Thate, vom Arbeitsamt Nürnberg und den Leiter des Amtes für Berufliche Schulen, Herrn Lang.

Herr Dr. Wagner 04.57

verweist auf die Vorlage, die bereits zur letzten Sitzung am 05.06.2003 versandt wurde und bedauert, dass nicht alle Mitglieder diese Vorlage mehr haben. Er verweist auf Herrn Lang, der den wesentlichen Inhalt der Vorlage kurz darstellen kann, da diese im April auch im Schulausschuss war.

Er verweist auch auf die Stellungnahme von Herrn Doll, KJR, die zwischenzeitlich noch eingegangen ist. Herr Doll wird als Sachverständiger auch inhaltlich dazu etwas sagen.

Der Vorsitzende 06.40

legt die Reihenfolge der Sachverständigenbeiträge fest.

Herr Lang 06.50

betont, dass die Vorlage schon vor etlichen Monaten für den Schulausschuss gefertigt wurde, die Daten also nicht mehr ganz aktuell sind. Die Lage am Ausbildungsstellenmarkt stellt sich jetzt noch kritischer dar als damals.

Er teilt mit, dass bei einer Untersuchung des Statistischen Amtes festgestellt wurde, dass die Bildungserwartungen der Eltern sehr hoch sind und eklatant abweichen von den Möglichkeiten, die sich an unseren Bildungseinrichtungen und am Ausbildungsstellenmarkt momentan bieten.

Er schlägt vor, sich mit den aktuellen Zahlen zu beschäftigen und verweist auf das Arbeitsamt.

Frau Thate 08.00

erklärt, dass jetzt an offiziellen statistischen Daten erst die Juni-Ergebnisse vorliegen. Der Statistiklauf ist heute, so dass die Statistikdaten für den Monat Juli noch nicht vorliegen. Der Vergleich zu den Vorjahresmonaten stellt sich deutlich ungünstiger dar.

Im Bereich des Hauptamtes Nürnberg gab es 3,2 % mehr Bewerber als im Vorjahresmonat, gleichzeitig aber 9 % weniger Stellen. Bei der Gegenüberstellung der jungen Leute, die noch nichts gefunden haben, die gemeldet, aber noch nicht vermittelt sind, ist deren Zahl gegenüber dem Vorjahresmonat um 5,3 % gestiegen. Bei den offenen Ausbildungsstellen waren es sogar 20,5 % weniger als im letzten Jahr um diese Zeit. Sie betont die steigende Bewerberzahl und die Rückgänge bei den Ausbildungsstellen.

Herr Doll (KJR)

13.49

schließt sich seiner Vorrednerin an und betont auch nochmals, dass die Lage dramatisch ist und die Situation sich verschlechtert hat. Diese Situation gilt für die ganze Region, nicht nur für Nürnberg. Er bedankt sich bei der Stadt Nürnberg, die trotz finanziellen schwierigen Zeiten die Ausbildungsplätze von 73 auf 85 erhöht hat. Er fordert einen Finanzausgleich für Betriebe, die nicht ausbilden.

Herr Lang

18.55

erklärt, dass bundesweit das duale System die Berufsausbildung generell nicht mehr gewährleistet. In den meisten Bundesländern spielt die duale Ausbildung allenfalls eine nachgeordnete Rolle, zumindest die nicht staatlich finanzierte duale Ausbildung. Er betont, dass mehr Berufsfachschulen eingerichtet werden müssten, es fehlt an Berufsfachschulen im gewerblich-technischen Bereich. Er betont ebenfalls, das Schulsystem muss detailliert ausgeweitet werden. Es ist nur eine Notlösung, aber besser, als die Jugendlichen stehen auf der Straße.

Frau berufsm. StRin Mielenz

22.42

weist darauf hin, dass in der Statistik offenbar nur jene Lehrstellenbewerber erfasst sind, die eben auch für eine Lehrstelle in Frage kommen. Sie ist besorgt über die Gruppe jener, die nicht einmal erfasst werden. Die Stadt muss sich um die Gruppe der sog. Berufsunreifen kümmern. Sie wirbt bei der Arbeitsverwaltung für das Konzept eines Jobcenters. Sie betont, dass die Zukunft der jungen Generation nicht nur eine öffentliche und gesellschaftliche Aufgabe ist, sondern ganz eindeutig auch eine Aufgabe der Wirtschaft.

Frau StRin Soldner

29.39

erklärt, die Daten sind sehr niederschlagend und es gibt deshalb viel zu tun. Alle Möglichkeiten müssen zusammengezogen werden angesichts hoher Bildungserwartungen. Selbst junge Leute mit guten Abschlüssen bekommen keinen Ausbildungsplatz, hier ist auch die Wirtschaft in der Verantwortung. Sie richtet einen Appell an die Staatsregierung, die im Vergleich zu anderen Bundesländern für die Ausbildung wenig Geld ausgibt.

Herr StR Bielmeier

32.32

betont dass die Dramatik ausreichend geschildert wurde und hofft, dass es nicht noch schlimmer kommt.

Es muss alles getan werden, damit es mehr Ausbildungsplätze gibt und die Situation entschärft wird. Er ist dankbar für die Initiativen von ganz verschiedenen Ämtern und Behörden, die dazu beitragen, diese Situation zu entschärfen. Eine Einschränkung möchte er gegenüber dem vorher Gesagten machen: er ist gegen umlagenfinanzierte Ausbildungsplätze. Die Wirtschaft entzieht sich nicht ihrer Verantwortung und Zwangsabgaben für Kleinbetriebe würden deren Lage auf dem Markt erschweren.

Frau Leo

36.26

hat eine Frage zu den Zahlen.

Wie hoch ist die Vermittlungsquote der Jugendlichen, die im letzten Jahr in Berufsförderungsmaßnahmen gekommen sind und wahrscheinlich ja auch in der Statistik enthalten sind und die jetzt auf den Arbeitsmarkt kommen?

Frau StRin Thoma

36.55

merkt an, dass nicht nur die großen Betriebe, wie die Bahn oder die Konzerne ausbilden, sondern dass ein großer Teil der Ausbildungsplätze im Handwerk und im Handel zur Verfügung gestellt wird.

Sie will auch in dieser Runde ansprechen, dass ein Betrieb, es gibt Schätzungen von 46.000 Pleiten im Bundesgebiet, der gerade so existieren kann, vielleicht auch aus der Verantwortung heraus, im Moment keine Auszubildenden neu einstellt, weil er vielleicht gar nicht weiß, ob es ihn nächstes Jahr noch gibt.

Frau StRin Soldner

38.32

Fragt nach zur Berufsfachschule im gewerblich-technischen Bereich. Wie ist der Verhandlungsstand?

Herr Lang

39.34

Die Frage der Vermittlungsquote ist schwer zu beantworten, weil das statistische Material und die statistischen Erhebungen auch des Arbeitsamtes sehr wenig hergeben. Wir machen jedes Jahr eine empirische Erhebung im Berufsvorbereitungsjahr und haben in den letzten 4 Jahren einen Rückgang der Vermittlungsquote derer, die am Schuljahresende noch da sind von 70% am Anfang auf jetzt unter 30 %. Es sind diejenigen nicht berücksichtigt, die infolge eines Praktikums, was ganz wichtig ist, vom Betrieb bereits während des Schuljahres übernommen worden sind. Diese Quote dürfte noch einmal etwa 20 % betragen.

Es muss von Seiten des Staates verstärkt eine andere subsidiäre Form der Ausbildung gemacht werden; z.B. Berufsfachschule im gewerblich-technischen Bereich.

Bei einem Sparauftrag von 1 Mio. Euro allein bei den beruflichen Schulen kann aber keine neue Berufsfachschule geplant werden.

Herr Doll (KJR)

43.03

weist auf die Probleme im kommunale Schulwesen hin. Fragt sich, warum es so viele Jugendliche gibt, die die Schule ohne Abschluss verlassen und dann auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der Ausbildungssituation ganz wenig Chancen haben, bei einer Nachqualifizierung aber dann den qualifizierten Hauptschulabschluss in einem Jahr schaffen.

Er findet es auch wichtig darauf hinzuweisen, dass die Bayer. Staatsregierung 50 % der Maßnahmen eingespart hat und zwar auch beim Nachholen des Hauptschulabschlusses, dies trifft auch Nürnberg.

Er findet es auch wichtig, dass eher ausgebaut wird, denn umso qualifizierter die Jugendlichen sind, desto höher sind die Chancen für den einzelnen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu finden.

Frau Thate

45.17

weist darauf hin, dass durch Maßnahmen des Arbeitsamtes oder auch von diesem in Auftrag gegebene Maßnahmen noch viele Jugendliche einen Ausbildungsplatz finden. In den vergangenen Jahren gab es gute Ergebnisse, um die 80 %, unterschiedlich nach Art der Maßnahme und dem Personenkreis. Im Moment liegt die Vermittlungsquote nach Beendigung einer Maßnahme etwas über 60 %. Es ist aber daraus auch zu ersehen, dass die Aufnahmefähigkeit des Marktes einfach zu gering ist.

Herr Dr. Wagner

46.47

betont, dass eine gute Ausbildung Teil der Grundlage der Persönlichkeitsentwicklung ist, weshalb die Ausbildung einen äußerst hohen Stellenwert hat.

Es stellt sich auch die Frage nach der Motivation junger Menschen, gerade in Hauptschulen, die angesichts der geringen Übernahme in Arbeitsplätze nicht sehr groß ist. Die Resignation und der Konkurrenzkampf um einen Arbeitsplatz ist sehr groß. Der Gesamtzusammenhang weist fehlende Arbeitsplätze für jungen Menschen auf, auch aufgrund der starken Einsparmöglichkeiten aus betrieblicher Sicht.

Die Situation ist insgesamt verschärft.

Er kann keine Lösung zur Diskussion stellen.

Der Vorsitzende

51.05

bedankt sich für die engagierte Diskussion zu dieser Thematik.

Er stellt fest, dass man engagiert darüber reden und auch appellieren kann, aber es wenig Handlungsmöglichkeiten gibt. Gleichwohl muss dieses Thema immer wieder angesprochen werden.

Er verweist auf die Stadtratssitzung, in der Herr OBM Dr. Maly zur Ausbildungsplatzabgabe Stellung genommen hat.

Es kann keine Schuldzuweisungen geben, es ist vielmehr eine Frage des Herzens, ob man unabhängig von Bedarf und unabhängig von Zukunftserwartungen einen Ausbildungsplatz anbietet.

Er appelliert an den KJR seine „1 + ..Aktion“ wieder aufleben zu lassen.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 2: Kinder- und Jugendkriminalität in Nürnberg
- Polizeiliche Kriminalstatistik – Maßnahmen der Jugendhilfe
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.04.2003

Frau StRin Wellhöfer

54.23

bedankt sich für den Bericht und spricht der Verwaltung für die gelungene Vorlage ein Lob aus.

Als sehr positiv anzusehen ist die Präventionsarbeit, vor allem die Präventionsarbeit mit dem Modellprojekt Kooperation Polizei – Jugendhilfe– Sozialarbeit – Schule (PJS), die eine ganze wesentliche Arbeit leistet. Dort wo man präventiv tätig werden kann, zeigen sich deutlich positive Wirkungen.

Betont, dass im Bereich der Prävention weitergearbeitet werden muss.

Herr Dr. Wagner

58.27

erläutert die Vorlage.

Die Analyse wurde aus einer Fülle von Zahlen, die uns die Polizei übergeben hat, herausgefiltert. Das PJS-Projekt hat viel positives bewirkt. Im Bereich der Prävention konnte viel erreicht werden und seit dem umfangreichen Programm zur Vorbeugung und Vermeidung von Straftaten von Kindern und Jugendlichen aus dem Jahre 1998 sind in der Stadt eine Vielzahl von Maßnahmen gut weitergelaufen.

Herr Schlögl

1.01.56

findet aus Sicht der Polizei den Bericht als sehr gelungen. Die Polizei steht auch inhaltlich voll dazu.

Herr Gref

1.07.46

nimmt aus Sicht der Jugendarbeit Stellung zu der Vorlage und erklärt, dass sich die Einschätzung Jugendamt/Polizei, was die Zahlen betrifft, weitestgehend deckt.

Frau StRin Wild

1.10.24

bedankt sich im Namen ihrer Fraktion für den Bericht und die Vorlage.

Erachtet es als wichtig, dass man die Zahlen aus der polizeilichen Kriminalstatistik einordnen und damit umgehen kann. Bedankt sich dafür ganz speziell.

Betont, dass im Bereich der Prävention von der Stadt Nürnberg viel getan wird auch in Zusammenarbeit mit der Polizei und anderen Institutionen.

Herr Ellrott

1.12.00

nimmt in seiner Funktion als Jugendrichter beim Amtsgericht Stellung zu der Vorlage und berichtet aus seiner täglichen Arbeit. Die Urteile sind in den letzten 5 Jahren immer härter geworden, ohne dass sich sein Strafmaß geändert hat. Es gibt nicht mehr Angeklagte, aber die die zur Anklage kommen, sind stärker ausgefiltert und die Straftaten, die abzuurteilen sind, sind gravierender.

Der Vorsitzende 1.16.50
bedankt sich für die harten und ehrlichen Worte aus der Sicht des Jugendrichters und bei der Verwaltung für den ausführlichen Bericht. Der Bericht sollte in 1 oder 2 Jahren neu aufgelegt werden und bittet, dass dies vorgemerkt wird.

Frau StRin Wellhöfer 1.17.28
denkt es wäre sinnvoll, wenn man, wenn der Sicherheitsbericht von der Polizei im Stadtrat vorliegt, den Bereich Jugendkriminalität entsprechend jährlich im JHA vorlegt.

Herr Dr. Wagner 1.17.55
hält dies für leistbar, solange man die Statistik von der Polizeidirektion bekommt.

Der Vorsitzende 1.18.00
stellt fest, dass dieses Thema etwa im Sommer nächsten Jahres erneut beraten wird.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 3: Öffentlich zugängliche Spiel- und Sportfläche am Don-Bosco-Heim
Aufnahme in die EU-Ziel-2-Zuschussprogramme und Co-Finanzierung
durch die Stadt Nürnberg
hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 29.07.2002

Herr StR Bielmeier 1.18.22
stellt fest, dass es ein Glücksfall ist, dass ein solches Grundstück der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht werden kann. In dem problembeladenen Quartier mit Migrationshintergrund ist der Bedarf gegeben und durch die EU-Ziel-2-Förderung kann dieses Grundstück auch entsprechend umgebaut werden, so dass es dann auch tatsächlich beispielbar oder benutzbar ist. Er bittet dem Beschlussvorschlag zu folgen und das ganze Gelände in die EU-Ziel-2-Förderung aufzunehmen.

Der Vorsitzende 1.19.36
lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: siehe Beilage

Punkt 4: Waldspielplatz am Steinbrüchlein
hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 23.09.2002

Frau StRin Thoma 1.20.10
bedankt sich im Namen ihrer Fraktion für den Bericht und stellt einige Fragen: Was passiert mit den defekten Spielgeräten, die jetzt noch dort sind? Werden diese abgebaut? Falls es zu Unfällen kommt, wer haftet dann für evtl. Schadenersatz- oder Schmerzensgeldforderungen, auch nach Abbau der Spielgeräte, wenn es nur noch ein naturbelassener Abenteuerspielplatz ist. Wer ist zuständig für den Unterhalt des Spielplatzes, inwieweit sind die Verhandlungen mit dem Forstamt gelaufen?

Frau berufsm. StRin Mielenz 1.22.38
Es gibt für die Stadt für diesen Platz vertragliche Bindungen. Für die Neuausstattung des Platzes sollen aus Spendenmitteln 30.000 – 50.000 Euro eingebracht werden, um den Spielplatz einfach auszustatten, d.h., nicht naturbelassen, sondern mit einfacheren Geräten. Für den Abbau der alten Geräte und den Unterhalt des Spielplatzes ist das Verwaltungsamt Süd zuständig, in die Arbeiten werden die Forstschule und die NOA eingebunden.

Der Vorsitzende 1.25.08
Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

**Punkt 5: Kindertagesstätte, Kinder- und Jugendhaus und betreuter Spielplatz auf dem Mammut-Gelände an der Heerwagenstraße – Raumkonzept für ein Kinder- und Jugendhaus
hier: Mündliche Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion**

Frau StRin Soldner 1.25.26
betont, dass sie generell mit einer sinnvollen Doppelnutzung und übergreifenden Zusammenarbeit in Einrichtungen einverstanden ist. Sieht kein Problem bei einer Vormittags- und Nachmittagsbelegung in denselben Räumen durch verschiedene Benutzer.

Herr Dr. Wagner 1.26.15
betont, wir stehen noch nicht einmal im Vorplanungsstadium, solange im MIP noch nichts steht und klar ist, ob dort ein Kinder- und Jugendhaus überhaupt gebaut werden kann. Wenn wir in der Planungsphase sind, wird dies jedes Mal dem Jugendhilfeausschuss zum Beschluss vorgelegt. Dann kann auch über die Raumplanung, Doppelnutzung oder gar Dreifachnutzung beraten werden.

Der Vorsitzende 1.27.30
Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

**Punkt 6: Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Haushaltsjahr 2003
hier: Betriebskostenzuschüsse nach dem Förderkonzept „Offene Kinder- und Jugendarbeit“ (Haushaltsstelle 4710.703.0105.9)**

Der Vorsitzende 1.27.45
Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 7: (vormals TOP 11): Mangel an Kinderspielplätzen im Stadtteil Neuröthenbach

Der Vorsitzende 1.28.57
verändert die Tagesordnungspunkte: TOP 7a wird TOP 7 und TOP 7 wird zu TOP 7a.

Herr Dr. Wagner 1.31.17
erklärt, dass sich nach langwierigen Schwierigkeiten offenbar die Probleme lösen. D.h., es wird höchstwahrscheinlich in absehbarer Zeit ein Spielplatz im Birkenwäldchen gebaut werden können, weil Geld da ist. Wichtig war zuerst die vertragliche Regelung mit dem Eigentümer des Geländes. er hofft, dass die Vertragspartner sich schnell einigen, wie vorgesehen, bis Ende des Jahres.

Der Vorsitzende 1.31.25
Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

**Punkt 7a: Pädagogische Arbeit mit jungen Menschen rund um das Dokumentationszentrum auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände
hier: Modellprojekt des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt**

Herr Doll (KJR)

1.32.10

verweist auf den Bericht und steht für Rückfragen zur Verfügung.
Er betont, dass das Projekt sehr erfolgreich angelaufen ist. Seit der Eröffnung des Dokumentenzentrums gab es 4.500 Teilnehmer. Dem KJR ist es gelungen, Mittel aus der Stiftung Jugendmarke vom Bayer. Jugendring zu bekommen, ansonsten wäre diese Arbeit so nicht möglich gewesen. Es gibt eine Verlängerung der Finanzausstattung bis Ende des Jahres.

Frau StRin Dr. Pröls-Kammerer

1.33.45

erläutert in ihrer Funktion als Leiterin des Projektes den Bericht.

Frau StRin Soldner

1.40.35

Die SPD-Stadtratsfraktion findet die Bandbreite des Projektes besonders gut und wichtig. Das Projekt ist sehr bekannt, es wird angenommen und jetzt ist es wichtig zu schauen, dass das Projekt langfristig weiterlaufen kann. Die SPD ist ausdrücklich für das Projekt, hofft, dass es weiterläuft und unterstützt den Beschlussvorschlag.

Der Vorsitzende

1.42.26

ist sich sicher, dass die Sicherung der Finanzen keine einfache Aufgabe werden wird.

Beschluss: siehe Beilage

Punkt 8: Vorstellung des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt und der in ihm zusammengeschlossenen Jugendorganisationen

Herr Doll (KJR)

1.43.30

stellt den Kreisjugendring vor.

Der Vorsitzende

2.00.50

bedankt sich für die kompakte Präsentation des Kreisjugendrings.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 9: Mitteilungen

Herr Dr. Wagner

2.01.26

weist auf das Sommerferienprogramm hin und insbesondere auf die Fachtagung Integrative Spielplatzgestaltung.

Herr Doll (KJR)

2.03.00

teilt mit, dass nach nochmaligen Verhandlungen mit dem Bayer. Jugendring die Finanzierung des Kinder- und Jugendhauses in Herpersdorf gelungen ist.

Ia. Auflagen

Der Vorsitzende

2.03.52

Die Niederschrift über die 7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 05.06.2003 wird einstimmig genehmigt.

Beschluss: siehe Beilage

Der Vorsitzende

schließt die Sitzung um 17.10.

Der Vorsitzende

Gebhardt
Ehrenamtl. Stadtrat

Mielenz
Berufsm. Stadträtin

Bystrich
stellv. Schriftführer